Johannes Kaspar und Carolin Arnemann

Die Wiederaufnahme des Strafverfahrens zur Korrektur fehlerhafter Urteile – rechtliche Grundlagen, empirische Erkenntnisse und Reformbedarf

Der Korrektur von Fehlurteilen dient neben den gängigen Rechtsmitteln insbesondere der Rechtsbehelf der Wiederaufnahme. Der Beitrag befasst sich mit dem geltenden Wiederaufnahmerecht und stellt dessen verfassungsrechtlichen Rahmen dar. Aufgrund der grundrechtlichen Position eines bzw. einer zu Unrecht Verurteilten sollte die Möglichkeit der günstigen Wiederaufnahme nicht lediglich als Ausnahme verstanden werden; die Suche nach der materiellen Wahrheit darf dem Grundsatz der Rechtssicherheit nicht pauschal untergeordnet werden. Anders ist die verfassungsrechtliche Situation bei der ungünstigen Wiederaufnahme, die deshalb restriktiv zu handhaben ist. Während im Bereich der Wiederaufnahme propter nova gemäß § 359 Nr. 5 StPO bereits eine weniger restriktive Auslegung der Bestimmungen zu einer sachgerechten Praxis führen dürfte, besteht im Bereich der Strafmaßwiederaufnahme gemäß § 363 Abs. 1 StPO Reformbedarf, um die günstige Wiederaufnahme behutsam zu öffnen. Eine Auseinandersetzung mit den empirischen Erkenntnissen zur Wiederaufnahmepaxis offenbart den großen Bedarf nach empirischer Forschung, insbesondere zu den Erfolgsquoten eingereichter Wiederaufnahmeanträge.

Schlüsselwörter: Wiederaufnahme, Fehlurteil, Strafverfahren, Reformbedarf

The Reopening of the Case as a Means of Correcting False Convictions – Legal Foundations, Empirical Evidence and Need for Reform

In addition to ordinary legal means, the aim of correcting miscarriages of justice is served in particular by the remedy of reopening the case. The authors address the existing law of reopening the case and present its constitutional framing. On the basis that a wrongful conviction affects the convict's fundamental rights, they argue that the reopening of a case in the convict's favor should not be understood as an exception. The search for material truth should not generally be subordinated to the principle of legal security. Things are different, with respect to constitutional law, for the reopening of a case to someone's disadvantage, which should therefore be treated in a restrictive manner. In the case of a reopening propter nova according to section 359 Nr. 5 of the German Code of Criminal Procedure (StPO), a less restrictive interpretation of the underlying regulations should suffice to lead to appropriate results in practice. The possibility of a reopening because of wrongful sentencing according to section 363 Abs. 1 StPO should be granted in more cases, at least after a necessary revision of the law. The consideration of empirical evidence concerning the practice of reopening of cases reveals a huge demand for empirical research.

Key words: Remedy of reopening the case, miscarriage of justice, criminal procedure, need for reform

Fehlurteile und ihre Korrektur als aktueller Gegenstand der öffentlichen Wahrnehmung

»Die Geschichte der Fehlurteile führt durch alle Zeiten und alle Völker. Der Irrtum der Zeugen, Sachverständigen, Ermittler und Urteiler ist mit dem Wesen des Menschen verbunden. Menschliche Lügenhaftigkeit und Machtwille gefährden die Urteilsfindung, solange Urteile gefällt werden.« (PETERS 1970, 24f.).

In jüngerer Zeit haben mehrere Verfahren das Interesse der Öffentlichkeit auf die von Peters eindringlich beschriebene Gefahr von Fehlurteilen gelenkt; damit ist zugleich die Möglichkeit einer Korrektur dieser Urteile durch den Rechtsbehelf der Wiederaufnahme des Verfahrens gemäß §§ 359 ff. StPO in den Fokus gerückt. So wurde beispielsweise 2013 das Verfahren zugunsten von Ulvi Kulaç, der 2004 wegen Mordes an Peggy Knobloch verurteilt worden war, wiederaufgenommen,

was nach kurzer Verhandlung zu einem Freispruch führte. Vor allem das 2013 angeordnete Wiederaufnahmeverfahren zugunsten von Gustl Mollath (dazu KASPAR 2014) ist in der Öffentlichkeit und in den Medien Gegenstand zahlreicher Diskussionen geworden und endete schließlich im Sommer 2014 mit einem Freispruch Gustl Mollaths ohne die erneute Anordnung des Maßregelvollzugs.

Nicht zuletzt durch die breite Medienberichterstattung in diesen Fällen wurde die Debatte um die Richtigkeit und Überprüfbarkeit richterlicher Entscheidungen neu entfacht. Betrachtet man die auf diese Weise bekannt gewordenen Wiederaufnahmeverfahren, fällt auf, wie sehr die Verurteilung einer oder eines Unschuldigen geeignet ist, das Gerechtigkeitsgefühl der Öffentlichkeit zu erschüttern (JEHLE 2013). Das Vertrauen der Bevölkerung in die Strafrechtspflege und das Ansehen des Rechtsstaates werden in solchen Fällen erkennbar

beeinträchtigt. Dabei ist es durchaus möglich, dass die Öffentlichkeit aufgrund der erwähnten spektakulären und im Ergebnis erfolgreichen Wiederaufnahmeverfahren den Eindruck vermittelt bekommt, dass die §§ 359 ff. StPO sachgerecht und effektiv ausgestaltet sind, ganz nach dem Motto »Ende gut, alles gut«. Über mögliche Defizite des Wiederaufnahmerechts, denen in diesem Beitrag u. a. nachgegangen werden soll, dürfen jedoch die (insgesamt eher seltenen) Erfolge in einzelnen Verfahren nicht hinwegtäuschen.

Dass es in der Praxis unbestritten zu Fehlurteilen kommt, kann verschiedene Ursachen haben und muss keineswegs, wie es die eingangs zitierte, stark zugespitzte Aussage von Peters nahelegt, auf »Lügenhaftigkeit und Machtwille« der Beteiligten beruhen. Denkbar ist eine ganze Reihe von Fehlerquellen, die auch beim besten Willen aller Akteure in der Strafjustiz nicht verhindert werden können. Dabei ist etwa an geschickt vorsätzlich falsch aussagende oder auch gutgläubige irrende Zeugen zu denken. Nachweislich und evident falsche Urteilssprüche können gleichwohl nicht einfach toleriert werden, da das Problem von Fehlurteilen letztlich stets auch ein Problem des Rechtsstaats ist: Den Strafverfolgungsbehörden obliegt die umfassende und objektive Aufklärung eines Sachverhalts, sodass sie zumindest in der öffentlichen Wahrnehmung ein Fehlurteil immer mit zu verantworten haben, egal auf wessen Fehlverhalten es tatsächlich beruht (PETERS 1970).

Wird ein Fehlurteil gefällt, sind die Möglichkeiten zur Korrektur dieser Entscheidung begrenzt. Für die oder den Betroffenen besteht neben den ordentlichen Rechtsmitteln der Berufung und Revision auch die Möglichkeit einer Verfassungsbeschwerde zum Bundesverfassungsgericht bei Verletzung spezifischen Verfassungsrechts; das BVerfG betont dabei jedoch in ständiger Rechtsprechung, dass es keine »Superrevisionsinstanz« sei (BVerfG NJW 1973, 2100). Weiterhin kann die oder der Betroffene noch Individualbeschwerde gemäß Art. 34 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte erheben. Deren Erfolg setzt voraus, dass das angegriffene staatliche Verhalten die Beschwerdeführerin bzw. den Beschwerdeführer in seinen Rechten aus der EMRK oder ihren Zusatzprotokollen verletzt.

Bei dennoch fortbestehender Rechtskraft der ursprünglichen Entscheidung bleibt der oder dem zu Unrecht Verurteilten lediglich, die Wiederaufnahme des Strafverfahrens gemäß §§ 359 ff. StPO zu beantragen. Gelingt es nicht, die Rechtskraft einer Entscheidung auf diesem Wege zu durchbrechen und das Fehlurteil zu korrigieren, besteht nur noch die Möglichkeit der Herbeiführung eines Gnadenerweises nach Landesrecht.

Rechtliche Grundlagen der Wiederaufnahme des Verfahrens

Die Wiederaufnahme im geltenden Recht

Bei der Wiederaufnahme des Verfahrens gemäß §§ 359 ff. StPO handelt es sich nicht um ein Rechtsmittel, sondern um einen außerordentlichen Rechtsbehelf (SCHMIDT 2013 Vor § 359 StPO Rn 5). Dies folgt bereits daraus, dass der Antrag auf Wiederaufnahme anders als die Rechtsmittel der Berufung oder Revision per se weder die Vollstreckung des Urteils hemmt (sog. Suspensiveffekt) noch dazu führt, dass die rechtskräftige

gerichtliche Entscheidung vor ein höheres Gericht gebracht wird (sog. Devolutiveffekt; KASPAR 2016 Vor §§ 359 ff. StPO Rn 2). Der fehlende Suspensiveffekt ergibt sich schon aus dem Wortlaut des § 360 Abs. 1 StPO, wonach ein Urteil in der Regel weiter vollstreckt wird, und bedeutet im Umkehrschluss, dass die von der/dem Antragsteller/-in angegriffene rechtskräftige Entscheidung weiterhin als richtig vermutet wird. Gemäß § 360 Abs. 2 StPO kann das Gericht jedoch einen Aufschub sowie die Unterbrechung der Vollstreckung der Freiheitsstrafe anordnen.

Die Wiederaufnahme eines Strafverfahrens ist sowohl zugunsten als auch zuungunsten der/des Betroffenen möglich. In jedem Fall ist für die Einleitung eines Wiederaufnahmeverfahrens ein rechtskräftiges Urteil Voraussetzung, ebenso wie ein den §§ 360 Abs. 1, 361 Abs. 1, 364 S. 1, 365, 366 StPO entsprechender Antrag. Antragsteller/-in kann bei der günstigen Wiederaufnahme gemäß § 365 StPO neben der/dem Verurteilten bzw. deren/dessen Verteidiger/-in gemäß §§ 296, 297 StPO auch die Staatsanwaltschaft gemäß §§ 365 i. V. m. 296 Abs. 2 StPO sein. Bei der ungünstigen Wiederaufnahme ist lediglich die Staatsanwaltschaft antragsberechtigt, da sie die Wiederaufnahme auch ohne Beschwer anstreben kann. In formeller Hinsicht muss der Antrag gemäß § 366 Abs. 1 StPO mindestens einen der gesetzlich geregelten Wiederaufnahmegründe und die dazugehörigen Beweismittel anführen. Erforderlich ist weiterhin, dass der Gegenstand des Verfahrens, mithin das angegriffene Urteil, ebenso wie das Antragsziel mitgeteilt werden (MEYER-GOSSNER & SCHMITT 2015 § 366 StPO Rn 1).

Die zulässigen Ziele des Wiederaufnahmegesuchs zugunsten der/des Angeklagten lassen sich § 359 Nr. 5 StPO entnehmen: Die/der Antragsteller/-in kann demnach einen Freispruch, eine endgültige Verfahrenseinstellung, eine mildere Bestrafung aufgrund eines anderen Strafgesetzes sowie eine wesentlich andere (günstigere) Entscheidung über Maßregeln der Besserung und Sicherung erstreben. Die ungünstige Wiederaufnahme zielt darauf ab, eine Entscheidung herbeizuführen, die vom Tenor der angefochtenen gerichtlichen Entscheidung zum Nachteil der/des Angeklagten abweicht, also eine Verurteilung, Strafschärfung oder Verschärfung einer Maßregelentscheidung (MARXEN & TIEMANN 2014).

Abhängig davon, ob die Wiederaufnahme zugunsten oder zuungunsten der/des Verurteilten angestrebt wird, müssen die weitergehenden Voraussetzungen der §§ 359 bzw. 362 StPO vorliegen. Die Gründe, die zur Wiederaufnahme zugunsten der/des Verurteilten vorgebracht werden können, decken sich teilweise mit denen der ungünstigen Wiederaufnahme. So ist gemäß § 359 Nr. 1 StPO und § 362 Nr. 1 StPO die Wiederaufnahme zulässig, wenn das Ergebnis der Beweisaufnahme durch eine unechte bzw. verfälschte Urkunde manipuliert wurde bzw. gemäß § 359 Nr. 2 bzw. § 362 Nr. 2 StPO die Manipulation auf einer falschen Aussage beruhte. Gemäß § 359 Nr. 3 bzw. § 362 Nr. 3 StPO kann die Wiederaufnahme auch darauf gestützt werden, dass eine/ein bei der Urteilsfindung mitwirkende/-r Richter/-in in Beziehung auf die Sache eine strafbare Amtspflichtverletzung begangen hat.

Die günstige Wiederaufnahme ist darüber hinaus gemäß § 359 Nr. 4 StPO statthaft, wenn ein der Verurteilung zugrunde gelegtes zivilgerichtliches Urteil aufgehoben wird. Denkbar sind

außerdem neue Tatsachen oder Beweismittel gemäß § 359 Nr. 5 StPO, die allein oder in Verbindung mit den früher erhobenen Beweisen geeignet sind, einen Freispruch der/des Angeklagten oder eine geringere Bestrafung aufgrund eines milderen Strafgesetzes bzw. eine wesentlich andere Entscheidung über eine Maßregel der Besserung und Sicherung zu begründen. Die günstige Wiederaufnahme kann schließlich gemäß § 359 Nr. 6 StPO auch darauf gestützt werden, dass der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte eine Verletzung der Konvention oder ihrer Protokolle festgestellt hat und das Urteil darauf beruht. Demgegenüber kann die ungünstige Wiederaufnahme über die Wiederaufnahmegründe der § 362 Nr. 1–3 StPO hinaus gemäß § 362 Nr. 4 StPO darauf gestützt werden, dass die/der Angeklagte nach einem Freispruch ein glaubwürdiges Geständnis über die Straftat abgelegt hat. Darüber hinaus kennt das Gesetz keine auf neue Tatsachen oder Beweismittel gestützten Wiederaufnahmegründe, die zur Wiederaufnahme zulasten der/des Betroffenen führen können.

Bereits aus dem Wortlaut der §§ 359 bzw. 362 StPO wird also deutlich, dass die Wiederaufnahme zugunsten der/des Verurteilten sich in ihrer Reichweite von der Wiederaufnahme zugunsten der/des Angeklagten unterscheidet. Insbesondere die Wiederaufnahme aufgrund neuer Tatsachen und Beweismittel, die zugunsten der/des Angeklagten mit § 359 Nr. 5 StPO einen weiten Raum einnimmt, ist der ungünstigen Wiederaufnahme – abgesehen von dem Wiederaufnahmegrund des § 362 Nr. 4 StPO – fremd. Das ist angesichts des sogleich aufzuzeigenden verfassungsrechtlichen Rahmens der Wiederaufnahme konsequent.

Das Verbot der *reformatio in peius* gemäß § 373 Abs. 2 StPO gilt im gleichem Umfang wie in §§ 331, 358 Abs. 2 StPO. Das bedeutet, dass Antragstellerin bzw. der Antragsteller bei einer zu ihren/seinen Gunsten erfolgten Wiederaufnahme im Rahmen der neuen Entscheidung nicht mit einer nachteiligen Entscheidung konfrontiert werden darf; ausdrücklich ausgenommen von dieser Regelung sind die Unterbringungen im psychiatrischen Krankenhaus bzw. einer Entziehungsanstalt gemäß §§ 63 und 64 StGB. Letzteres ist bedenklich, da der Sinn und Zweck des genannten Verbots auch hier einschlägig ist, nämlich zu verhindern, dass die/der Betroffene aus Angst vor einer Verschlechterung seiner Lage auf den Rechtsbehelf der Wiederaufnahme verzichtet (vgl. dazu umfassend auch KRETSCHMER 1999).

Das Wiederaufnahmeverfahren gliedert sich in zwei Verfahrensabschnitte. Zunächst wird im Aditionsverfahren über die Zulässigkeit und Schlüssigkeit eines Wiederaufnahmeantrags entschieden. Hierbei ist die Richtigkeit des Antragsvorbringens zu unterstellen, ebenso wie die Beweiskraft der vorgebrachten Beweismittel. Ist der Antrag zulässig, folgt das Probationsverfahren, §§ 369, 370 StPO. In diesem Verfahrensabschnitt erfolgt die Prüfung der Begründetheit des Antrags. Dafür werden zunächst die vorgebrachten Beweise gemäß § 369 StPO erhoben. Das Wiederaufnahmegericht prüft, ob die von der/dem Antragsteller/-in vorgebrachten Tatsachen – deren Richtigkeit im Aditionsverfahren noch unterstellt worden war – tatsächlich vorliegen und die vortragenen Beweismittel beweiskräftig sind. Findet der von der Antragstellerin bzw. vom Antragsteller geltend gemachte Wiederaufnahmegrund Bestätigung, ist der Antrag begründet, § 370 Abs. 1 StPO. Ist dies der Fall, wird in der Regel die Erneuerung der Hauptverhandlung an-

geordnet, in der die Fragen der Strafbarkeit und Schuld der/des Angeklagten neu und eigenständig beurteilt werden. Dabei handelt es sich nicht um einen dritten Abschnitt des Wiederaufnahmeverfahrens, sondern um eine neue und eigenständige Hauptverhandlung (KASPAR 2016 Vor §§ 359 ff. StPO Rn 18). Gemäß § 371 Abs. 1 und Abs. 2 StPO kann bei einer/einem bereits verstorbenen Verurteilten oder in besonders eindeutigen Fällen auch ohne erneute Hauptverhandlung entschieden werden.

Verfassungsrechtlicher Rahmen

Während als Argumente für die Korrektur fehlerhafter (wenn gleich rechtskräftiger) Urteile die Gerechtigkeit und das Prozessziel der Suche nach der materiellen Wahrheit streiten, sprechen für die Aufrechterhaltung auch eines eventuell fehlerhaften rechtskräftigen Urteils die Rechtssicherheit und der Rechtsfriede (KASPAR 2016 Vor §§ 359 ff. StPO Rn 5). Dem Rechtsbehelf ist demnach das Spannungsverhältnis zwischen materieller Gerechtigkeit und Rechtssicherheit immanent, also zwei Prinzipien, die sich ihrerseits beide aus dem Rechtsstaatsprinzip des Art. 20 Abs. 3 GG ableiten lassen (BVerfG NJW 2007, 207). Der Gesetzgeber hat sich mit den §§ 359 ff. StPO tendenziell zugunsten der Rechtssicherheit entschieden. Wiederaufnahmeverfahren sind nur in engen Grenzen möglich; die gesetzlich normierten Wiederaufnahmegründe in § 359 StPO und § 362 StPO werden als abschließend bezeichnet (vgl. nur SCHMIDT 2013 Vor § 359 StPO Rn 15). Der Gesetzgeber geht im Grundsatz davon aus, dass der Rechtsfriede mit einer rechtskräftigen, verfahrensabschließenden Entscheidung wiederhergestellt ist. Das Wiederaufnahmerecht wird von dem Gedanken beherrscht, eine Fehlentscheidung nur dann zu korrigieren, wenn die Gerechtigkeit mit ihrer Aufrechterhaltung erheblich beeinträchtigt wäre (BGH NJW 2003, 1261, 1262). Strate beschreibt den praktischen Anwendungsbereich der Wiederaufnahme etwas polemisch überspitzt dergestalt, dass »(d)ie Wiederaufnahme (...) ihr Feld allein in dem minimalen Prozentbereich (hat), in welchem Dummheit, Vorurteil und Hochmut sich schicksalsträchtig vermischen« (STRATE 2015).

Das erscheint als bedenklich restriktives Verständnis der Praxis, soweit es um die Wiederaufnahme zugunsten der/des Verurteilten geht. Eine Analyse der tangierten Verfassungsprinzipien und Grundrechte führt im Ergebnis dazu, dass das Wiederaufnahmeverfahren in dieser Konstellation nicht als absolute Ausnahme verstanden werden sollte. Zwar ist ein friedensstiftendes Element der Rechtskraft einer Entscheidung nicht zu bestreiten. Echter Rechtsfriede in einem nicht nur formell verstandenen Sinn kann jedoch an sich nicht eintreten, wenn ein Urteil objektiv falsch ist (KASPAR 2016 Vor §§ 359 ff. StPO Rn 7). Dieser Aspekt steht der nochmaligen Überprüfung eines möglichen Fehlurteils in begründeten Fällen daher nicht zwingend entgegen. Auch der Aspekt der Schaffung von Rechtssicherheit – der dazu führt, dass man von der/von dem Betroffenen verlangt, zur Korrektur von Fehlern zuvor den Rechtsweg auszuschöpfen – kann nicht dazu führen, die Wiederaufnahme zu marginalisieren. Dies gilt vor allem für solche gerichtlichen Entscheidungen, bei denen ein nicht nur unerheblicher Fehler zulasten der/des Angeklagten im Nachhinein leicht nachzuweisen ist. Vor allem in diesen Fällen sollte die materielle Gerechtigkeit im Vergleich zur Rechtssicherheit stärker gewichtet werden.

Letztlich sind hier die Belange des Grundrechtsschutzes (bei der Verurteilung einer/-s Unschuldigen zu einer Freiheitsstrafe etwa der Eingriff in dessen Freiheitsgrundrecht aus Art. 2 Abs. 2 GG), und die hinter dem Institut der Rechtskraft stehenden öffentlichen Interessen im Sinne praktischer Konkordanz zu einem schonenden Ausgleich zu bringen. Je nach Schwere und Offensichtlichkeit eines Fehlers ist der materiellen Gerechtigkeit im Zweifel der Vorrang vor der Rechtssicherheit und dem damit einhergehenden Rechtsfrieden zu gewähren (KASPAR 2016 Vor §§ 359 ff. StPO Rn 11). Dieser nötige Interessenausgleich wird auch vom Bundesverfassungsgericht betont. In einer Entscheidung aus dem Jahr 2006 formuliert es folgendermaßen:

»Weicht das Wiederaufnahmegesetz von den Grundsätzen des Wiederaufnahmeverfahrens im Sinn einer wesentlichen Verschlechterung der Chancen des Verurteilten auf Erlangung eines gerechten Richterspruchs ab, so verfehlt es dessen Ziel, den Konflikt zwischen materieller Gerechtigkeit und Rechtssicherheit angemessen zu lösen. Wird das Wiederaufnahmeverfahren – an diesem Ziel gemessen – derart ineffektiv, so steht dies im Widerspruch zum Rechtsstaatsprinzip des Grundgesetzes und verletzt den Verurteilten in dessen Grundrecht aus Art. 2 Abs. 1 GG, das ein Recht auf effektiven Rechtsschutz in sich schließt.« (BVerfG NJW 2007, 207, 208)

Die Suche nach der materiellen Wahrheit darf dem Grundsatz der Rechtssicherheit mit anderen Worten nicht einseitig geopfert werden. Tatsächlich widerstrebt es dem Gesetz, »wenn der Gesichtspunkt der Rechtskraft überbetont und das Wiederaufnahmeverfahren durch Betonung des Ausnahmecharakters auf ein Abstellgleis geschoben wird« (PETERS 1974, 32).

Anders ist die verfassungsrechtliche Ausgangslage bei der ungünstigen Wiederaufnahme, da hier neben der sich aus Art. 20 Abs. 3 GG ergebenden Rechtssicherheit auch das in Art. 103 Abs. 3 GG niedergelegte Verbot der Doppelbestrafung Geltung beansprucht (KASPAR 2016 Vor §§ 359 ff. StPO Rn 8). Hinzu kommt, dass bei der möglicherweise fehlerhaften Entscheidung zugunsten der oder des Betroffenen (etwa beim Freispruch eines an sich schuldigen Täters) mangels Eingriffs in ein Grundrecht die Abwehrfunktion der Grundrechte nicht relevant wird. Zwar wird das Vertrauen der Allgemeinheit in die Rechtsordnung auch durch eine solche Fehlentscheidung erschüttert, sodass der Gesetzgeber mit der Regelung des § 362 StPO die Durchbrechung der Rechtskraft zur Realisierung der Strafzwecke in engen Grenzen zulässt. Der Staat ist von Verfassungs wegen jedoch nicht in jeder Konstellation und unbedingt zur Durchsetzung der Strafzwecke gegenüber einem an sich schuldigen Täter verpflichtet, wie auch das Rechtsinstitut der Verjährung zeigt (KASPAR 2016 Vor §§ 359 ff. StPO Rn 13).

Die hier nur skizzierte verfassungsrechtliche »Asymmetrie« beider Konstellationen legt es nahe, die Wiederaufnahme zugunsten der/des Verurteilten großzügiger zu handhaben als diejenige zuungunsten; die oftmals geforderte restriktive Handhabung und Auslegung des Wiederaufnahmerechts sollte sich daher richtigerweise nur auf die Konstellation des § 362 StPO beziehen (KASPAR 2016 Vor §§ 359 ff. StPO Rn 14 ff.).

Empirische Erkenntnisse zur Praxis des Wiederaufnahmerechts

In der Literatur wird davon ausgegangen, dass es jährlich eine überwiegende Zahl von gescheiterten Wiederaufnahmeverfahren gibt. Erfolgreiche Anträge, die mithin zur Wiederaufnahme eines Verfahrens und der Erneuerung einer Hauptverhandlung führen, seien eine »forensische Rarität« (STERN 1993, 409). Genauere Zahlenangaben zur Anzahl der Wiederaufnahmeverfahren sowie des Anteils erfolgreicher Verfahren sind allerdings spärlich; erst recht existiert kein verlässliches Datenmaterial, das Auskunft zur Anzahl von Fehlurteilen gibt.

Mit der wissenschaftlichen Aufarbeitung gestellter Wiederaufnahmegesuche beschäftigt sich die Forschung bereits seit dem 19. Jahrhundert. Die letzte umfassende empirische Aufarbeitung von PETERS stammt allerdings aus den 1960er- und 1970er-Jahren; im Rahmen des Deutschen Anwaltstages 2014 in Stuttgart beklagte neben Marxen auch Bundesrichter Eschelbach zu Recht die fehlende empirische Auswertung durchgeführter Wiederaufnahmeverfahren in den letzten Jahren.

Nachdem sich Mayr mit der Anzahl beendeter Wiederaufnahmeverfahren in einem Zeitraum von 1881–1909 beschäftigt hatte (dazu PETERS 1970), berichtete Alsberg für die Jahre 1908 und 1909 von 508 und 504 beendeten Wiederaufnahmeverfahren, denen jeweils ca. 740.000 Strafklagen zugrunde lagen, die 1908 zu 548.000 und 1909 zu 544.000 Verurteilungen führten (ALSBERG 1913).

Ab 1960 sprach sich Peters für eine Untersuchung der in Wiederaufnahmeverfahren aufgehobenen Fehlurteile aus (PETERS 1960). Nachdem auch durch Bundesjustizminister Schäffer im Jahr 1960 angeregt worden war, eine amtliche Sammlung solcher strafgerichtlicher Urteile anzulegen, die als Fehlurteile in Wiederaufnahmeverfahren aufgehoben wurden, wurde durch Bundesjustizminister Stammberger in der Bundestagssitzung vom 14.02.1962 bekannt gegeben, dass sich die Landesjustizverwaltungen gegen eine solche amtliche Sammlung ausgesprochen hätten. Begründet wurde diese ablehnende Haltung der Landesjustizverwaltungen insbesondere damit, dass schwer festzustellen sei, ob es sich bei einem aufgehobenen Urteil tatsächlich um ein Fehlurteil handle, und dass es nicht Aufgabe der Landesjustizverwaltung sei, die Grundlagen für eine wissenschaftliche Analyse zur Verfügung zu stellen. Auch bestehe kein Raum für eine »amtliche Urteilsschelte« (PETERS 1970, 1).

Ab 1962 wurden von Peters insgesamt 1.115 als zulässig und begründet erachtete Wiederaufnahmeverfahren untersucht. Peters ging jedoch davon aus, dass die tatsächliche Anzahl der Wiederaufnahmeverfahren die von ihm untersuchte Anzahl von Verfahren tatsächlich um das Doppelte bis Dreifache überstieg, sodass er für den Zeitraum von 1951–1961 eine Zahl von 2.200–3.300 Wiederaufnahmeverfahren annahm. In seiner Darstellung gelangte Peters zu dem Ergebnis, dass die von ihm untersuchten Verfahren ganz überwiegend zugunsten der/des Verurteilten durchgeführt wurden. Er gab weiter an, dass Delikte der schweren, mittleren und leichten Kriminalität jeweils zu gleichen Teilen betroffen waren, wobei ein geringes Übergewicht bei der leichten Kriminalität zu konstatieren sei. Die Strafen lagen überwiegend im mittleren Bereich; von den geltend gemachten Wiederaufnahmegründen überwog die Beibringung neuer Tatsachen oder Beweismittel gemäß § 359

Nr. 5 StPO, wohingegen etwa die Wiederaufnahmegründe des § 359 Nr. 3, 4 StPO in den untersuchten Entscheidungen überhaupt nicht vorkamen. Bei den Wiederaufnahmeverfahren zuungunsten der/des Verurteilten dominierten die Wiederaufnahmegründe des § 362 Nr. 2, 4 StPO. Im Hinblick auf die Spruchkörper wurden die meisten von Peters untersuchten Wiederaufnahmeverfahren in Einzel- und Schöffengerichtssachen betrieben (PETERS 1970).

Kiwit untersuchte 100 Wiederaufnahmeverfahren im Oberlandesgerichtsbezirk Hamm aus der Zeit von 1950–1958, wobei die Fehlerquellen im Zentrum der Untersuchung standen. Von den untersuchten Fehlerurteilen stammten 50 % von Amtsgerichten, die restlichen 50 % von Landgerichten (KIWIT 1967). 92 % der untersuchten Fälle stellten sich als Wiederaufnahmeverfahren zugunsten des Angeklagten heraus. Untersucht wurden auch die Gründe für die im Wiederaufnahmeverfahren abgeänderten Fehlerurteile. So stellte Kiwit fest, dass in 52 der insgesamt 97 untersuchten Freisprüche fehlende oder falsche Beweismittel vorlagen, fehlende oder falsche Personalsbeweise dagegen in 45 Fällen. In sechs Fällen wurden Urteile im Wiederaufnahmeverfahren abgeändert, da Indizien unzutreffend ausgewertet worden waren. In weiteren 28 der untersuchten Verfahren stellte sich die Unzurechnungsfähigkeit der/des Angeklagten heraus, in zwölf Fällen wurde der Grundsatz in dubio pro reo vom Tatgericht zunächst falsch oder zu Unrecht nicht angewandt. In 23 der untersuchten Verfahren wurde das Urteil abgeändert, da Zweifel an der Glaubwürdigkeit von Zeugen bestanden. In lediglich zwei Fällen wurde das Urteil aufgrund von falschen Geständnissen abgeändert, in vier Fällen aufgrund von Rechtsirrtümern (KIWIT 1967).

Hinweise auf die insgesamt im Vergleich zur Summe der Strafverfahren äußerst geringe Zahl gestellter Wiederaufnahmeverfahren in Bayern liefern Zahlen des Bayerischen Landesamts für Statistik, die jährlich im Bayerischen Ministerialblatt veröffentlicht werden. Daraus ergibt sich folgendes Bild (wobei die Wiederaufnahme zugunsten der/des Verurteilten mit »z. G.«, diejenige zuungunsten mit »z. U.« bezeichnet wird) (s. Tab. 1).

Bundesweit wurden im Jahre 2013 insgesamt 1.788 Verfahren erledigt, die durch einen Wiederaufnahmeantrag eingeleitet worden waren, davon 1.497 durch Amtsgerichte, 290 durch Landgerichte und ein Verfahren durch ein Oberlandesgericht. 616 Anträge erfolgten zuungunsten, 1.172 zugunsten der/des Verurteilten (Statistisches Bundesamt 2014; zu früheren Zahlen s. JEHLÉ 2013). Die Erfolgsquoten dieser Verfahren sind jedoch statistisch nicht erfasst. Auch valide Erkenntnisse zu den Erledigungsformen der auf einen Wiederaufnahmeantrag hin eingeleiteten Verfahren existieren nicht.

Die Anzahl der Wiederaufnahmeverfahren ist im Vergleich zur Anzahl der verfahrensabschließenden Entscheidungen, wie

gesehen, äußerst gering. Dies dürfte nicht nur an der oben bereits kritisierten (zu) restriktiven Anwendung der §§ 359 ff. StPO liegen, sondern möglicherweise auch an einer generellen mangelnden Vertrautheit mit dem Rechtsinstitut der Wiederaufnahme in der Praxis (MARXEN & TIEMANN 2014).

Was die Quote erfolgreicher Wiederaufnahmeverfahren angeht, muss man sich vorläufig mangels genauerer statistischer Angaben mit Berichten aus der Praxis begnügen, wonach diese eher gering sei. Sollte dies richtig sein, stellt sich die Frage nach den Gründen. Dass Wiederaufnahmesuchen vonseiten der Gerichte mit einer gewissen Skepsis entgegengetreten wird (kritisch aus jüngerer Zeit BOCK et al. 2013), könnte, sofern dies zutrifft, u. a. daran liegen, dass das Wiederaufnahmegericht als »Schützer der Autorität der Rechtspflege« (ALSBERG 1913, 84) eine Darstellung der Justiz als fehlbar und damit verbunden eine Beschädigung ihres Ansehens verhindern möchte (ALSBERG 1913). Zugleich wird teilweise ein Mentalitätsproblem der Justiz behauptet, die Fehler und Irrtümer nur ungern eingestehe (vgl. HAUER 2013, 213). Beides kann indes nicht einfach unterstellt werden, sondern bedürfte einer gründlichen und differenzierten Untersuchung. Diese wäre methodisch allerdings sehr anspruchsvoll und müsste, um auch nur einigermaßen valide Ergebnisse erzielen zu können, über eine reine Aktenanalyse hinausgehen. Allein die Gefahr einer gewissen »Befangenheit« der Entscheidungsträger/-innen spricht aber jedenfalls dafür, die rechtlichen Hürden für eine erfolgreiche Wiederaufnahme im Bereich der günstigen Wiederaufnahme nicht zu streng zu formulieren.

Kritik am geltenden Recht und Reformdiskussion

Forderungen zur Reform des Wiederaufnahmerechts zielen oft auch auf Veränderungen der prozessualen Ausgestaltung des allgemeinen Strafverfahrens ab. Die Notwendigkeit einer umfassenden Reform des Wiederaufnahmerechts erkannte in der Vergangenheit auch der Gesetzgeber, vertagte diese jedoch bis zu einer Gesamtreform des Strafverfahrensrechts (BT-Drs. 7/551, 7/2600). Umso bedauerlicher ist es, dass im unlängst veröffentlichten Bericht der Expertenkommission zur Reform des Strafverfahrensrechts im Bereich der Wiederaufnahme kein Reformbedarf gesehen und im Ergebnis von der Formulierung von Änderungsvorschlägen abgesehen wurde (BMJV 2015, 168 ff.).

Dabei geben das geltende Recht und seine restriktive Auslegung in der Praxis durchaus Anlass zur Kritik. So wird der/dem Antragsteller/-in zusätzlich zu den ohnehin hohen Hürden an die Zulässigkeit eines Wiederaufnahmeantrages in manchen Fällen beispielsweise noch eine sog. erweiterte Darlegungslast aufgebürdet (MARXEN & TIEMANN 2014), die im Wortlaut des Gesetzes keine klare Stütze findet. So soll bei verfahrensin-

Tab. 1: Wiederaufnahmen zugunsten und zuungunsten der/des Verurteilten in Bayern 2008–2013

Amtsgerichtliche Verfahren	2008		2009		2010		2011		2012		2013	
	z. U.	z. G.										
Anzahl der Anträge	247	252	194	273	148	243	130	256	67	232	73	213
Landgerichtliche Verfahren	2008		2009		2010		2011		2012		2013	
	z. U.	z. G.										
Anzahl der Anträge	3	44	1	30	8	36	10	32	1	32	6	34

ternen Widersprüchlichkeiten der vorgebrachten Tatsachen und Beweismittel im Vergleich zum bisherigen Verfahrensstand und Verfahrenslauf die/der Antragsteller/-in zu der Darlegung gezwungen sein, warum die neuen Tatsachen oder Beweismittel entgegen dem bisherigen Erkenntnisstand geeignet sein sollen, eine Wiederaufnahme des Verfahrens zu begründen. Die Rechtsprechung hat hierzu Fallgruppen entwickelt, in denen von erweiterten Darlegungslasten auszugehen sei, beispielsweise beim Widerruf eines Geständnisses (BGH NJW 1977, 59). Auch die antizipierte Beweiswürdigung bereits im Aditivverfahren, also die vorweggenommene Bewertung der Beweiskraft der vorgebrachten neuen Tatsachen oder Beweise bereits in einem sehr frühen Stadium des Verfahrens, wird von Teilen der Literatur kritisiert (EISENBERG 2007, 365; KASPAR 2016 § 368 StPO Rn 7), bislang jedoch in der obergerichtlichen Rechtsprechung toleriert (BGHSt 17, 303, 304; OLG Jena NSStZ-RR 2005, 379). Für die/den Antragsteller/-in des Wiederaufnahmeverfahrens die Zulässigkeit seines Vorbringens derart hoch werden, dass Anträge nach Berichten aus der Praxis oftmals bereits an dieser Stufe scheitern.

Kritikwürdig ist auch das strikte Verbot der sog. Strafmaßwiederaufnahme aufgrund desselben Gesetzes, das die herrschende Meinung aus einer engen Auslegung von § 363 Abs. 1 StPO ableitet (s. etwa OLG Frankfurt a. M., Beschluss vom 29.01.2014, 1 Ws 100/13). Dies führt zu einer nicht ausreichend begründeten Einschränkung des Anwendungsbereichs der Wiederaufnahmevorschriften und des Rechtsschutzes für den Einzelnen. Die Norm widerspricht in ihrer aktuellen Handhabung den legitimen Interessen des zu Unrecht zu hart Bestraften und erscheint auch bei historischer Betrachtung nicht gerechtfertigt. So unterliegt die Ermittlung eines konkreten Strafmaßes nach geltendem Recht nicht nur der Kontrolle des Revisionsgerichts, sondern ist durch die Einführung von Vorschriften im materiellen Recht und Prozessrecht bei Weitem nicht mehr so »frei«, wie dies noch vor 150 Jahren der Fall war. Und es erscheint auch nicht überzeugend, die Entscheidung über die Zulassung der Wiederaufnahme im geltenden Recht letztlich von der (ganz anderen Erwägungen folgenden) Ausgestaltung der relevanten Normen (etwa als unbenannter besonders schwerer Fall, als Regelbeispiel oder Qualifikationstatbestand) abhängig zu machen (MARXEN & TIEMANN 2014). Für das künftige Recht sollte über eine Modifizierung von § 363 Abs. 1 StPO im Sinne einer behutsamen Öffnung für die Strafmaßwiederaufnahme zugunsten der Verurteilten auch bei einer Verurteilung nach »demselben Gesetz« nachgedacht werden. Dabei könnte es sich beispielsweise um Fälle handeln, in denen neue Tatsachen vorliegen, die bei erneuter Hauptverhandlung evident zu einer erheblichen Strafmilderung im Rahmen der allgemeinen Strafzumessung gemäß § 46 StGB führen würden (KASPAR 2016 § 363 StPO Rn 7).

Äußerst problematisch ist in diesem Zusammenhang auch die Regelung in § 363 Abs. 2 StPO, wonach ein Wiederaufnahmebegehren nicht auf eine Strafmilderung wegen verminderter Schuldfähigkeit gemäß § 21 StGB gerichtet sein darf. Ein sachlicher Grund, ausgerechnet diesen praktisch so bedeutsamen vertypen Strafmilderungsgrund als Antragsziel auszuschließen, ist nicht ersichtlich; der Vorwurf einer im Hinblick auf Art. 3 Abs. 1 GG auch verfassungsrechtlich problematischen Ungleichbehandlung ist berechtigt (MARXEN & TIEMANN 2014; FRISTER 2014 § 363 StPO Rn 22).

Auch wäre es überlegenswert, die Rechtsprechung im Bereich der Wiederaufnahme zu vereinheitlichen. Nach geltender Rechtslage entscheidet das Oberlandesgericht über sofortige Beschwerden gegen wiederaufnahmerechtliche Entscheidungen. Dies führt dazu, dass die obergerichtliche Rechtsprechung weder einheitlich noch konstant ist, gibt es doch 24 Oberlandesgerichte im Gebiet der Bundesrepublik. Es sollte daher erwogen werden, die Beschwerdeentscheidungen gegen wiederaufnahmerechtliche Entscheidungen beim Bundesgerichtshof zu konzentrieren.

Seit vielen Jahren wird zudem über die Erweiterung oder Beschränkung der geltenden Wiederaufnahmegründe diskutiert. Im Bereich der günstigen Wiederaufnahme besteht dafür nach hier vertretener Ansicht auch durchaus Spielraum. Allerdings dürfte bei einer weniger restriktiven Auslegung insbesondere des praktisch bedeutsamen Wiederaufnahmegrundes in § 359 Nr. 5 StPO hierfür kein zwingender Bedarf bestehen. Im Bereich des § 362 StPO stößt eine Erweiterung der Wiederaufnahmegründe zulasten der/des Verurteilten an die Grenze des Verbots der Doppelbestrafung (Art. 103 Abs. 3 GG). Erwägenswert ist allenfalls eine Ergänzung im Bereich von Freisprüchen bei schwersten Delikten wie Mord, die sich aufgrund neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse (insbesondere erst jetzt auswertbarer DNA-Spuren) im Nachhinein als offensichtlich falsch herausstellen (SCHÖCH 2010), wie dies bereits in dem 2008 durch den Bundesrat vorgesehenen Reformvorschlag (BR-Drs. 16/7957) vorgesehen war. Eine derartige, eng begrenzte Ausdehnung der ungünstigen Wiederaufnahme wäre vertretbar, wird jedoch von der überwiegenden Ansicht in der Literatur abgelehnt (SCHERZBERG & THIÉÉ 2008; GRÜNEWALD 2008; ausdrücklich ablehnend nunmehr auch BMJV 2015, 168).

Bei Betrachtung der Reformvorschläge fällt auf, dass die tragenden Grundstrukturen des Rechts der Wiederaufnahme (wie beispielsweise die Verfahrensherrschaft der Antragstellerin bzw. des Antragstellers oder das zweistufige Verfahren) nicht oder nur kaum kritisiert wurden (RIESS 1994). Auch diese sollten aber kein Tabu sein, sondern zum Gegenstand von Reformüberlegungen gemacht werden, wenn man am Ziel einer Verstärkung und Effektivierung von Rechtsschutz auch in diesem Bereich festhält.

In der Wiederaufnahmeliteratur wird schließlich seit langer Zeit auch darüber diskutiert, wie sich Fehlerurteile vermeiden lassen. Auf der Suche nach Fehlerquellen im Strafprozess stellte Peters in seiner Untersuchung fest, dass Fehlerurteile zumeist auf menschlichem Versagen eines oder mehrerer Verfahrensbeteiligter beruhen. Besonders häufig wurden dabei Fehler im Ermittlungsverfahren festgestellt, die sich zumeist zwangsläufig auf den weiteren Verlauf eines Verfahrens auswirkten. (PETERS 1974). Zum gleichen Ergebnis gelangte auch Kiwit, der feststellte, dass sich die Gründe eines Fehlerurteils nicht vollständig anhand von Aktenmaterial nachvollziehen lassen, sondern der Ausgang eines Verfahrens auch von subjektiven Wahrnehmungen der Verfahrensbeteiligten geprägt werde (KIWIT 1967). Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass allein gesetzliche Verbesserungen nicht geeignet sind, Fehler, die nicht (nur) auf rechtlichen Missständen beruhen, zu vermeiden. Man kommt nicht umhin, auch in diesem Zusammenhang eine bessere personelle Ausstattung der Strafjustiz zu verlangen. Wenn die Berichte über die teilweise chronische Überlastung von Staatsanwaltschaften und Strafgerichten zutreffen, darf man sich

nicht wundern, wenn daraus Fehler und in der Folge Fehlurteile resultieren (vgl. BOCK et al. 2013). Auch die im aktuellen Bericht der Expertenkommission angeregte Ausweitung der audiovisuellen Dokumentationsmöglichkeiten im Strafverfahren (BMJV 2015, 170) erscheint als überfälliger Schritt in die richtige Richtung.

Forschungsbedarf

Eine umfassende Auswertung von Fehlerquellen im Strafprozess und darauf gegründeten Wiederaufnahmeverfahren erfolgte seit Peters nicht mehr. Dabei liegt es auf der Hand, dass die Fortentwicklung des Strafprozesses und seiner Hilfswissenschaften seither auch neue Fehlerquellen produziert hat. In Übereinstimmung mit Stimmen der Wissenschaft und Praxis erscheint eine empirische Aufarbeitung von Wiederaufnahmeverfahren daher wünschenswert (JEHLE 2013).

Dabei wäre zu bedenken, dass eine bloße Auswertung der in Wiederaufnahmeverfahren aufgehobenen Urteile und den in einer erneuten Hauptverhandlung ergangenen Urteilen nur ein erster Schritt wäre. Denn allein aus den Urteilen ergibt sich nicht, worin mögliche Probleme des Falles lagen. Neben den Wiederaufnahmeanträgen und den gerichtlichen Entscheidungen im Verlauf eines Wiederaufnahmeverfahrens sind beispielsweise auch Sachverständigengutachten relevant (PETERS 1970). Für die Auswertung der Wiederaufnahmeverfahren sind neben den Hauptakten auch Beiakten von Interesse, insbesondere soweit es um die Wiederaufnahmegründe der §§ 359 Nr. 1, 2, 3 und 362 Nr. 1, 2, 3 StPO geht.

Wünschenswert wären neue Erkenntnisse über die Zahl der Wiederaufnahmeanträge, die Quote der erfolgreichen Anträge sowie (zumindest stichprobenartig) über den weiteren Verlauf erfolgreicher Wiederaufnahmeanträge. Aus einer solchen, in der Zukunft erst noch zu leistenden Forschung könnte man ggf. weitere Vorschläge für eine sinnvolle Reform des geltenden Rechts ableiten, die über die in diesem Beitrag angesprochenen Punkte hinausgehen.

Literatur

- ALSBERG M (1913) Justizirrtum und Wiederaufnahme. Berlin: Langenscheidt
- BOCK M, ESCHELBACH R, GEIPEL A, RÖSCHKE J (2013) Die erneute Wiederaufnahme des Strafverfahrens. In: Goldammer's Archiv für Strafrecht 160: 328–345
- Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz (BMJV) (2015) Bericht der Expertenkommission zur effektiven und praxistauglichen Ausgestaltung des allgemeinen Strafverfahrens und des jugendgerichtlichen Verfahrens
- EISENBERG U (2007) Aspekte des Verhältnisses von materieller Wahrheit und Wiederaufnahme des Verfahrens gemäß §§ 359 ff. StPO. In: Juristische Rundschau 61: 360–368
- FRISTER H (2014) Kommentierung Vor §§ 359–373 a StPO. In: WOLTER J (Hg.) Systematischer Kommentar zur Strafprozessordnung und zum Gerichtsverfassungsgesetz. Band 7. 4. Aufl. Köln: Carl Heymanns
- GRÜNEWALD A (2008) Die Wiederaufnahme des Strafverfahrens zuungunsten des Angeklagten. In: Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft 120: 545–580
- HAUER J (2013) Anmerkungen und Gedanken zum Fall Mollath – Verschwörung oder Gleichgültigkeit. In: Zeitschrift für Rechtspolitik 46: 209–213
- JEHLE J-M (2013) Was und wie häufig sind Fehlurteile. In: Forensische Psychiatrie, Psychologie, Kriminologie 7: 220–229
- KASPAR J (2014) Der Fall Mollath und die Folgen – zur Reform der Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus gem. § 63 StGB. In: DUDECK M, KASPAR J, LINDEMANN M (Hg.) Verantwortung und Zurechnung im Spiegel von Strafrecht und Psychiatrie. Baden-Baden: Nomos, 103–134
- KASPAR J (2016) Kommentierung Vor §§ 359 ff.–373 a StPO. In: SATZGER H, SCHLUCKEBIER W, WIDMAIER G (Hg.) StPO. 2. Aufl. Köln: Carl Heymanns
- KIWIT W (1967) Fehlurteile im Strafrecht. Entstehung, Gesetzmäßigkeiten und Möglichkeiten zur Vermeidung untersucht an Wiederaufnahmeverfahren im Oberlandesgerichtsbezirk Hamm aus der Zeit von 1950 bis 1958. Berlin: Walter de Gruyter & Co.
- KRETSCHMER J (1999) Das strafprozessuale Verbot der reformatio in peius. Berlin: Duncker & Humblot
- MARKEN K, TIEMANN F (2014) Die Wiederaufnahme in Strafsachen. 3. Aufl. Heidelberg: C. F. Müller
- MEYER-GOSSNER L, SCHMITT B (2015) Strafprozessordnung. 58. Aufl. München: C. H. Beck
- PETERS K (1960) Rezension zu Max Hirschberg »Das Fehlurteil im Strafprozeß«, 1960. In: JuristenZeitung 15: 230 f.
- PETERS K (1970) Fehlerquellen im Strafprozeß 1. Band. Karlsruhe: C. F. Müller
- PETERS K (1974) Fehlerquellen im Strafprozeß 3. Band. Karlsruhe: C. F. Müller
- RIESS P (1994) Möglichkeiten und Grenzen einer Reform des Rechts der Wiederaufnahme im Strafverfahren. In: Neue Zeitschrift für Strafrecht 14: 153–159
- SCHMIDT W (2013) Kommentierung §§ 359–373 a StPO. In: HANNICH R (Hg.) Karlsruher Kommentar zur Strafprozessordnung. 7. Aufl. München: C. H. Beck
- SCHÖCH H (2010) Wiederaufnahme zuungunsten Freigesprochener bei neuen DNA-Analysen. In: BLOY R, BÖSE M, HILLENKAMP T, MOMSEN C, RACKOW P (Hg.) Gerechte Strafe und legitimes Strafrecht. Festschrift für Manfred Maiwald zum 75. Geburtstag. Berlin: Duncker & Humblot, 769–784
- SCHERZBERG T, THIÉÉ P (2008) Die Wiederaufnahme zu Ungunsten des Angeklagten. Ein Plädoyer für Rechtssicherheit und gegen rechtsfreie Räume. In: Zeitschrift für Rechtspolitik 41: 80–82
- Statistisches Bundesamt (2014) Rechtspflege, Strafgerichte, Fachserie 10 Reihe 2.3. Wiesbaden
- STERN S (1993) Zur Verteidigung des Verurteilten in der Wiederaufnahme. In: Neue Zeitschrift für Strafrecht 13: 409–414
- STRATE G (2015) Der Verteidiger in der Wiederaufnahme. http://www.strate.net/de/publikationen/verteidiger_in_der_wiederaufnahme.html (zuletzt aufgerufen am 26.11.2015)

Anschrift der Verfasser

Johannes Kaspar
Juristische Fakultät, Universität Augsburg
Universitätsstr. 24, 86135 Augsburg

Carolin Arnemann
Leopoldstr. 54
80802 München